

DER ROTE AUFBAU

Proletarier aller Länder vereinigt euch!



Mitgliederinformation des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. - 1995 mitgegründet durch Irma Gabel - Thälmann

Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e. V. (OKV)
Korporatives Mitglied im Europäischen Friedensforum (epf) sowie
im Freundeskreis „Ernst – Thälmann – Gedenkstätte“ Ziegenhals

Nr. 125 – 01/19
Abgabepreis: 0.00 Euro

April 2019
Spenden willkommen!

www.rfb-online.org

Europawahl ?

Oder Machtanspruch eines imperialistischen
Wirtschafts- und Kriegsbündnisses?

Denn: Nach offiziellen Statistiken leben in Gesamt Europa 741,4 Mio., in Ländern der Europäischen Union 512,6 Mio.; allein im europäischen Teil der Russischen Föderation 95 Mio. von insgesamt 144 Mio. Menschen (nicht Wahlberechtigte!).

In der Euro-Währungs-Zone leben nur 341,5 Mio. Menschen.

Die Bürger in Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz (EFTA-Staaten), Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Kosovo werden zwar durch Verträge ihrer Regierungen mit der EU von dieser bevormundet, sind aber nicht wahlberechtigt.

Gewählt werden soll vom 23. – 26. 5. 2019, in der BRD am 26. Mai 2019, das **9. Parlament der Europäischen Union**.

Soweit die Richtigstellung zum Machtanspruch.

„... so bleibt doch nur die sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung. Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ´fortgeschrittenen´ und ´zivilisierten´ Kolonialmächte, sind

die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen ent-weder unmöglich oder reaktionär.“

Lenin „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ (Sozial-Demokrat Nr. 14, 23. August 1915. Werke Bd. 21 / 343)

Wo Lenin Recht hat, hat er Recht.

Und warum?

Er erkannte die politisch-ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich die kapitalistische Gesellschaft im Imperialismus entwickelt. Siehe Kurzfassung im Zitat. Mehr in: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.“

Der **Gründungsvertrag der Europäischen Union** (Maastricht 1992) nennt in der Präambel die grundlegenden Ziele; beginnend mit „Die Europäische Integration“, aufbauend auf dem „kulturellen, religiösen, humanistischen Erbe Europas auf eine neue Stufe heben.“

Der dritte Satz „Eingedenk der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des künftigen Europa zu schaffen“ lässt erkennen, dass es um die Freiheit für den Kapitalverkehr und die Profitmaximierung geht, die durch die Entwicklung der Gesellschaftsform zum Sozialismus eingeschränkt war.

Über die Mechanismen der Interessenvertretung der Großbanken, Großkonzerne, des militärisch –

industriellen Komplexes, die Mechanismen zur Manipulierung der Öffentlichkeit ist so direkt keine Aussage zu finden. Doch die Lobby ist stark, übermächtig. LOBBYCONTROL e. V. erarbeitete aus Analysen, dass in Brüssel ca. 25. 000 Lobbyisten (für 1.5 Milliarden Euro) „für die Wirtschaft“ arbeiten. Ca. 7 000 davon haben mit Dauerausweisen Direktzugang für das Parlament.

Der außerparlamentarische Druck gegen diese undemokratische Verfahrensweise erreichte, dass seit 31.01.2019 „wichtige Abgeordnete“ ihre Treffen mit Lobbyisten veröffentlichen müssen. Wer ist „wichtig“? Wer kontrolliert das? Offen bleibt: Interessenvertreter der Wirtschaft, Banken, Investorenkonsortien treffen Abgeordnete vor anstehenden Entscheidungen über Gesetzesvorlagen. Die Ergebnisse sind weitestgehend bekannt: Das Kapital sitzt am längeren Hebel. Für die Lohnarbeiter bleiben nur hehre Begriffe aus der Sozialcharta (1961) bzw. der „Unionscharta der sozialen Rechte der Arbeitnehmer“ (1989), wie Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit.

Welche Chance bietet die Wahl zum Parlament der Europäischen Union am 26. Mai 2019?

Es gibt ein Programm mit realistischen Antworten:

„Programm der DKP zur EU-Wahl 2019

Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber.

Für ein soziales und friedliches Europa der Völker.

Im EU-Wahljahr 2019 feiert sich die EU als Garant des Friedens, einer sozialen und lebenswerten Zukunft. Das hat mit der Realität der meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EU-Ländern nichts zu tun: Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten prägen immer mehr den Alltag. Millionen leben von der Hand in den Mund. Während eine superreiche Finanzelite, die Eigentümer der Banken und Konzerne sowie Großaktionäre mit Hilfe der EU Milliardengelder in die Absicherung ihrer Profite stecken, wird die Zukunftsperspektive der Arbeiter, Angestellten, Rentner und der Jugend düster. Die Politik der EU steht für Sozialkürzungspolitik per Schuldenbremse, Privatisierung öffentlichen Eigentums, finanzielle Erdrosselung der Kommunen. Mit Sanktionen gegen Syrien und

Aufrüstung gegen Russland steht die EU fest an der Seite von NATO und USA.

Die DKP sagt Nein zur EU!

Die DKP kandidiert am 26. Mai 2019 zu den EU-Wahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben.

Die EU steht für Krieg!

Die EU ist auf das Engste mit dem Kriegsbandnis NATO verbunden. Die Kriegsgefahr geht heute von der Aggression der NATO und der EU gegen die Russische Föderation und die VR China aus. Die EU hat mit ihrer Politik, die Ukraine per Assoziierungsabkommen in den westlichen Einflussbereich zu bringen, erheblich zu dieser Zuspitzung beigetragen und ist gemeinsam mit den US-Regierungen verantwortlich für den rechten Putsch und den Krieg in der Ukraine.

Mit dem Militärbündnis PESCO wird innerhalb der EU die Aufrüstung vorangetrieben. Die wichtigsten Rüstungsbetriebe Frankreichs und Deutschlands entwickeln gemeinsam völlig neuartige Tötungssysteme, dies wird Kosten von mehreren hundert Milliarden Euro verursachen. Die USA drohen mit der Produktion von neuen atomaren Mittelstreckenraketen. Deutsche Militärstrategen diskutieren darüber, „nukleare Abschreckung“ in Europa selbst zu organisieren. Europa als Kriegsschauplatz mit atomaren Waffen – diese Gefahr für die Menschen in Europa ist heute real.

Die DKP sagt: Deutschland raus aus der NATO! US-Atomwaffen raus aus Deutschland! PESCO abschaffen! Frieden mit Russland!

Die EU steht für Hochrüstung!

NATO, EU und Deutschland rüsten auf. Mit dem Feindbild Russland im Visier haben sich die NATO-Staaten verpflichtet, bis 2024 ihre Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Für Deutschland bedeutet das eine Verdoppelung des Rüstungsetats auf ca. 80 Milliarden Euro. Auch die EU hat ihre Mitglieder bereits 2007 im Lissabon-Vertrag zur Aufrüstung verpflichtet. Dieses Geld fehlt für Gesundheit, Bildung und Soziales.

Gleichzeitig drängen die führenden EU-Länder Deutschland und Frankreich auf die Bildung einer EU-Armee. Damit verbunden wäre nicht zuletzt die Aushebelung der nationalen Parlamente bei der Zustimmung zu Auslandseinsätzen. Deutsche Soldaten sind bereits heute im Rahmen verschiedener Militärmissionen weltweit im Kriegseinsatz. Der

EU-Kriegseinsatz in Mali wird zum zweiten Afghanistan.

Die DKP sagt: Abrüsten statt Aufrüsten! Weg mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO! Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Kein Aufbau einer EU-Armee!

Die EU steht für Flucht!

Die Kriegspolitik von NATO und EU, die Wirtschafts- und sogenannte Freihandelspolitik der EU und die Zerstörung der Umwelt durch den Raubbau an Ressourcen sind Fluchtursachen. Die EU zerstört Lebensbedingungen in Afrika und dem Nahen Osten, aber auch in der eigenen Peripherie. Mit schmutzigen Deals und sogenannten Rücknahmeabkommen, Aufanglagern und der militärischen Grenzschutzagentur Frontex schottet sie sich vor dem selbst verursachten Elend ab. Tausende Flüchtlinge ertrinken im Mittelmeer. Sie sind in der EU nicht „verwertbar“.

Die DKP sagt: Fluchtverursacher bekämpfen, nicht Geflüchtete! Frontex abschaffen!

Die EU steht für Ausbeutung!

Wenn die EU von Freiheit spricht, ist stets die Freiheit der Banken und Konzerne gemeint. Kapitalverkehrsfreiheit, EU-Freihandelsabkommen und die 'Freiheit des Personenverkehrs' in der EU bedeuten Ausbeutung pur. Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch gering Qualifizierte zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie sind durch-aus willkommen. Diese Migrationspolitik zeigt das wahre Gesicht von Merkels 'Willkommenskultur' und entlarvt die Heuchelei in der Flüchtlingsdebatte.

Arbeitskräfte aus dem Ausland werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Land. Flüchtlinge und Migranten werden als Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus und das Erstarken rechter Bewegungen sind dabei kein Kollateralschaden, sondern werden bewusst gefördert, um von den Verursachern der Misere abzulenken.

Die DKP sagt: Solidarität statt Ausgrenzung. Für Gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen. Die EU steht für Armut!

Mit den Hartz-Gesetzen wurde das reiche Deutschland zum Niedriglohnland gemacht. Dadurch können EU und Euro genutzt werden, um schwächere EU-Staaten hemmungslos auszuplündern. Den hochverschuldeten Ländern wurde unter Ein-

schränkung ihrer nationalen Souveränität – insbesondere auf deutschen Druck – ein rigider Spar- und Verarmungskurs aufgezwungen. Massenhafter Stellenabbau im öffentlichen Dienst, rigorose Kürzung von Renten, Löhnen und Sozialleistungen und die Privatisierung staatlicher Betriebe führten zu einer gigantischen Entlassungs- und Armuts-welle. Gewinner sind die Kapitalisten, die Banken und Konzerne in den betroffenen Ländern, aber vor allem in den starken Ökonomien Deutschland und Frankreich.

Die DKP sagt: Schuldenschnitt statt Schuldenbremse! Die Banken und Konzerne müssen zahlen!

Die EU steht für Privatisierung!

Die EU hat die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern dem Zwang zum Profit-machen unterworfen. Das Gesundheits- und Bildungswesen, das Wohnen, die Wasserversorgung, der Personennahverkehr – alles wird dem Profitprinzip untergeordnet. Das führt im Zusammenhang mit der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und der sogenannten Schuldenbremse zu einem steigenden Privatisierungsdruck vor allem auf die Kommunen. Öffentliches Eigentum wird massenhaft enteignet. Die Folgen sind steigende Kosten, sinkende Lebensqualität und Lohnabbau.

Die DKP sagt: Stoppt Privatisierungen. Für die Vergesellschaftung von Banken und Konzernen!

Die EU steht für Demokratieabbau!

Die Brüsseler Behörden werden von den ökonomisch stärksten Ländern der EU, Deutschland und Frankreich dominiert. Die Politik wird von den großen Banken und Konzernen bestimmt. Die Rechte nationaler Parlamente sind ausgehebelt und die nationale Souveränität der Mitgliedsländer wird immer weiter eingeschränkt. Länder, die sich dem Sparzwang der EU und ihren Regeln wider-setzen, werden – wie zuletzt Italien – sanktioniert und mit Strafverfahren erpresst. Arbeiter- und demokratische Grundrechte werden abgebaut. Das Demonstrations-, Versammlungs- und Streikrecht wird europaweit demontiert. Der repressive Sicherheitsstaat mit immer neuen Polizeigesetzen, Befugnisse für Geheimdienste und Überwachung werden ausgebaut. Diese umfassende Rechtsentwicklung dient der Sicherung der Macht der Monopole.

Die DKP sagt: Hände weg vom Grundgesetz! Weg mit Überwachung und Polizeigesetzen!

Die EU ist nicht reformierbar!

Die EU war – darüber können auch verbale Trostpflaster wie die EU-Sozialcharta nicht hinwegtäuschen – zu keiner Zeit ein Projekt des Friedens und des sozialen Zusammenhalts. Die 'Europäische Einigung' war von Beginn an ein zutiefst reaktionäres Projekt als Bollwerk gegen den Sozialismus. Im Gegensatz auch zu manchem Politiker der Partei 'Die Linke' halten die KommunistInnen die EU nicht für reformierbar. Sie muss überwunden werden. Ein Schritt dahin wäre der Austritt aus der EU. Dass das kein Hirngespinnst ist, zeigt die Volksabstimmung in Großbritannien, auch wenn der Wille der Bevölkerung mit dem Brexit-Deal Theresa Mays zunächst ad absurdum geführt werden soll.

Nicht nur in Großbritannien gibt es eine starke Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne. Wir erleben Massenproteste zum Beispiel in Griechenland und die Formierung neuer Bewegungen unter anderem in Frankreich und Spanien. Wir sind solidarisch mit gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfen in Europa und insbesondere mit dem Kampf der Kommunistischen Parteien in Europa.

Die DKP steht für Solidarität und Internationalismus, für die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg!

Die EU ist ein Instrument des deutschen Imperialismus!

Eine Hauptaufgabe sehen wir für uns als deutsche KommunistInnen darin, den Widerstand in diesem Land zu verstärken. Spätestens seit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 unter deutscher Beteiligung ist die EU vor allem ein Instrument des wiedererstarkten und dominanten deutschen Imperialismus zur Sicherung und Durchsetzung seiner Interessen. Deshalb ist der Widerstand gegen die Macht des deutschen Monopolkapitals im Interesse aller Werktätigen in Europa. Erfolge antimonopolistischen Widerstands in diesem Land schränken den Spielraum des deutschen Imperialismus bei der Ausplünderung ihrer Länder ein.

Mit unserem 'Sofortprogramm für Frieden, Arbeit, Solidarität' wollen wir einen Beitrag leisten, den Widerstand in unserem Land zu stärken. Wir rufen dazu auf, gemeinsam gegen die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut aktiv zu werden.

Die DKP sagt: Kapitalismus abschaffen! Für den Sozialismus kämpfen!

Wir wissen aber auch, dass Krieg, Flucht und Armut dauerhaft nur mit der Überwindung des Kapitalismus zu beseitigen sind. Das Profitprinzip

produziert Krisen, Kriege, Flucht und Armut. Deshalb sagen wir, eine andere Gesellschaft, der Sozialismus, ist notwendig. Darüber wollen wir diskutieren und streiten. Vor allem mit all denen, die heute mit uns für mehr Gerechtigkeit, gegen Krieg, Hochrüstung, Rechtsentwicklung und Demokratieabbau kämpfen.

Am 26. Mai 2019: DKP wählen! Aktiv werden, für unsere Interessen kämpfen!

Im Folgenden dokumentieren wir unsere Sofortforderungen. Sie sind umsetzbar und finanzierbar, ohne dass bereits der Kapitalismus beseitigt ist. Sie richten sich vielfach an die deutsche Bundesregierung. Deutschland, deutsche Banken und Konzerne, die Bundesregierung dominieren die EU. Die deutsche 'Exportwalze' presst andere Länder in- und außerhalb der EU aus. Wenn wir solche Forderungen durchsetzen, erschweren wir diesen Kurs. Damit nützen wir uns, den Völkern der EU, den Völkern der Welt.

Für Frieden, Arbeit, Solidarität! – Sofortforderungen der DKP

1. Ende der Kriege und Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats, Verbot von Rüstungsexporten

*der offiziell ausgewiesene Rüstungsetat wird ab 2020 um 20 Prozent gekürzt

*der Ausbau der Bundeswehr und die Hochrüstungspläne der Kriegsministerin Ursula von der Leyen werden sofort gestoppt

*alle Kriege, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (Afghanistan, Syrien, Mali) werden sofort beendet, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr werden gestoppt

*der Export von Waffen und Rüstungsgütern aller Art wird untersagt. Das gilt auch für den Export in NATO-Staaten oder so genannte befreundete Länder

*keine weitere Beteiligung an NATO-Manövern, sofortiger Rückzug aus den militärischen Strukturen der NATO – Frieden mit Russland

2. Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer

*der Spitzensteuersatz auf Einkommen wird von 42 Prozent wieder auf 53 Prozent (wie in den 90er Jahren) erhöht

*die Besteuerung der Unternehmensgewinne muss von heute unter 30 Prozent um mindestens 10 Punkte erhöht werden (noch 1998 lag der Satz bei 56,6 Prozent)

*die Einführung einer „Millionärssteuer“ für Vermögen über 1 Million Euro mit einem Satz von mindestens 2 Prozent jährlich

*Wirksame Bekämpfung der Steuerflucht, Besteuerung von Plattformfirmen (Google etc.)

3. Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser

*Wir fordern ein Programm zum Bau von einer Million Sozialwohnungen durch Gemeinden und Genossenschaften in den nächsten fünf Jahren – mit einer Mietpreisbindung

*Zur Linderung der Wohnungsnot werden die Gemeinden ermächtigt, über leerstehenden Wohnraum zu verfügen

*Wir fordern Programme zum Bau und zur Sanierung von Schulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren

*Die Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen wird erhöht; Exzellenzförderung wird ausgesetzt

*Wir fordern ein Ausbauprogramm für Krankenhäuser und Hochschulen

*Wir fordern ein Ende des Sanierungsstaus im Nah- und Fernverkehr.
Die Privatisierung weiterer kommunaler Betriebe wird verboten

4. Die Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen

*Durch die Investitionsprogramme für Wohnungen, Bildungseinrichtungen und Verkehr werden dauerhaft etwa 100.000 Arbeitsplätze im Bau und im baunahen Gewerbe geschaffen

*Wir fordern in einem ersten Schritt 100.000 zusätzliche Stellen in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens. Auf mittlere Sicht müssen weitere 100.000 Stellen im Gesundheitswesen geschaffen werden.

*Abschaffung von Privatschulen und Schulgeld bei der Ausbildung im Gesundheitswesen. Bezahlte duale Ausbildung.

*Der Ausbau der Bildungseinrichtungen erfordert ebenfalls sofort 100.000 zusätzliche Stellen im Bildungswesen (Hochschulen, Schulen, Kindergärten, Kitas und Jugendzentren).

5. Verbesserung staatlicher sozialer Leistungen und des Mindestlohns

*Solange der Skandal des Hartz-Systems nicht beseitigt ist, müssen Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld und alle ähnlichen Leistungen erheblich erhöht werden

*Das Kindergeld soll spürbar um 50 Euro pro Kind für untere und mittlere Einkommen erhöht werden – nicht jedoch die Steuerfreibeträge

*Die seit Jahrzehnten betriebene Politik der Rentenkürzung muss sofort beendet werden. Die Niedrigrenten müssen sofort spürbar angehoben werden – wenn nötig aus dem Bundeshaushalt

*Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 15 Euro erhöht werden. Alle Ausnahmen dazu werden abgeschafft

Geld ist genug da!

Es fließt in die Rüstung und die Taschen der Reichen und Superreichen.
2019 soll der Rüstungshaushalt offiziell auf 42,9 Milliarden Euro erhöht werden. Kriegsministerin Ursula von der Leyen will in den kommenden 13 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die Modernisierung der Bundeswehr ausgeben.

* In Deutschland leben 1,36 Millionen Millionäre. Sie werden täglich reicher. Sie besitzen ein Vermögen von geschätzt 4,6 Billionen Euro (Managermagazin 19.6.2018). Dieses Vermögen muss umverteilt werden.

Mit der Kürzung der Rüstungsausgaben, mit der Einführung einer Millionärssteuer ist das 'Sofortprogramm der DKP für Arbeit, Frieden, Solidarität' zu finanzieren.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

Gemeinsam kämpfen gegen die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut!

Für die Menschen in Europa – gegen die EU.“

Zum 133. Geburtstag Ernst Thälmanns

Görlitz, Bergstraße



Quelle: Internet. Creative-Commons

Am 08.02 1986 wurde im Fernsehen der zweiteilige Fernsehfilm „Ernst Thälmann“ zum 100. Geburtstag Ernst Thälmanns – Helmut Schellhardt in der Titelrolle - ausgestrahlt. Er erfasst die historische Periode von 1929 bis 1933. Die dafür benötigte Kulisse der Wahlwerbung zur Reichspräsidentenwahl 1932 blieb als ein Zeugnis der Geschichte in der Filmstadt Görlitz erhalten. Nachdem die „Filmmauer“ für einen anderen Film benötigt worden war, ließ die Stadt den Originalschriftzug 2013 von einem Kunstmaler restaurieren. Er erinnert auch 2019 an die revolutionäre Haltung Ernst Thälmanns gegen Krieg und Faschismus.

.....

10. Treffen der Nachkommen – anlässlich des 74. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations-Lagers Buchenwald-Dora am 14. April 2019.

Mitglieder des RFB e. V. aus Berlin, Chemnitz, Dresden, Jena, Göttingen, Leun nahmen an dem bedeutenden Treffen teil und stimmten der Erklärung der Teilnehmer zu, in der es heißt:

„Dass 74 Jahre nach Ende des Naziterrors in Deutschland und in europäischen Staaten faschistisches Gedankengut wieder hoffähig ist, dass in Parlamenten aller Ebenen Neofaschisten ihre Ideologie verkünden, dass Nationalismus, Fremdenhass, Antisemitismus, Antiziganismus, Gewalt gegen Andere nahezu ungehindert verbreitet werden können, war nicht zu erwarten und verlangt gesamtgesellschaftliche Ächtung. Dass Kräften, die sich dieser Aufgabe stellen, in Deutschland durch Finanzbehörden ein Wirksamwerden unmöglich

6

gemacht werden soll, verurteilen wir als einen ungeheuerlichen Vorgang, der unverzüglich durch politische Verantwortungsträger zu beenden ist.

Getreu dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands bleibt für uns das Ringen um eine Welt des Friedens und der Freiheit, der Völkerverständigung und der Solidarität gegen Krieg und Vernichtung ebenso verbindlich wie der Kampf gegen die Wiederbelebung all dessen, was zu Krieg und Verheerung führte.“

Bei wahrhaft extremem Ettersberg-Wetter waren wir Teilnehmer auch auf dem ehemaligen Appellplatz zur Kundgebung sichtbar mit unserem Verlangen nach Wahrheit über Vergangenheit und gesellschaftlicher Gegenwart präsent:



Foto: Ari



Foto: Ari

Anschließend trafen sich Thälmannfreunde / Kommunisten im Hof des ehemaligen KZ – Krematoriums, am Ort des faschistischen Mordes an Ernst Thälmann, um den antifaschistischen Schwur zu bekräftigen.

„Indem wir den Widerstand und die Selbstbefreiung der Häftlinge von Buchenwald als Teil unserer Geschichte anerkennen und gegen jegliche revisionistischen, antikommunistischen, bürgerlichen Angriffe verteidigen, begreifen wir auch den 74. Jahrestag der Selbstbefreiung nicht nur als traditionelles Gedenken, sondern als politische Verpflichtung für unseren Kampf heute. 'Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel', hieß es einst im Schwur von Buchenwald. Dies bleibt Mahnung, Richtschnur und Auftrag zugleich: im Wissen, dass die Macht des Kapitals die Wurzel des Faschismus ist, muss Antifaschismus heute die Organisation der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Herrschaft, für den Sozialismus bedeuten. Im Gedenken der 56.000 in Buchenwald Ermordeten, im Gedenken des Lagerwiderstandes und der Selbstbefreiung, im Gedenken an Ernst Thälmann — für die sozialistische Revolution!“

aus den Gedenkworten der Genossen
Kommunistische Organisation (KO)

.....



Foto: Albrecht

Am 16. April 2019 besuchten Thälmannfreunde aus Dresden, Chemnitz, Zittau, Kamenitz, Leipzig, Schkeuditz die Gedenkstätte Bautzen (Haftzelle Ernst Thälmanns nach der Verlegung aus dem Gerichtsgefängnis Hannover am 11.08. 1943 bis zur Verschleppung in das KZ Buchenwald am 17.08.1944) in der jetzigen **Justizvollzugsanstalt Bautzen (ehemals „Gelbes Elend“)** und ehrten ihn mit frischen roten Nelken an seinem 133. Geburtstag.

Als ehemaligem Reichstagsabgeordneten wurde ihm eine sogenannte „Doppelzelle“ zugestanden.



Foto: Albrecht

Das Foto zeigt den „Arbeits- / Studierplatz“ Ernst Thälmanns in der Zelle mit erhaltener Originalausstattung.



Foto: Albrecht

Anschließend: gemeinsam mit Bautzener Thälmannfreunden am Denkmal außerhalb der JVA

.....

Am 16. April 2019: Thälmannfeier in Dresden -

gemeinsames Anliegen des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden (KPD, RFB, DKP, KPF, FDJ, SDAJ, RotFuchs, VVN-BdA)



Foto: Gerd

Ein bekennendes Grußwort von der Gruppe Revolutionäre Jugend Dresden:



Foto: Gerd

.....

Chemnitz. Gedenken am 17. April 2019



Foto: Raimon B.

Der RFB-Vorstand lädt zum **6. Traditionstreffen der RFB – Mitglieder** ein:

5. – 7. Juli 2019 in die Jugendherberge Ehrenfriedersdorf an den Greifensteinen

Die Teilnehmer erwartet im Erzgebirge eine sagenhaft schöne Natur und Umgebung sowie eine wunderbare Gastlichkeit in der Jugendherberge für dieses Wochenende zu Bildung, Erholung, Traditionspflege und Geselligkeit.

Im Programm:

- *Anreise am Freitag, 05. Juli, Abendessen
- *Filmdokumentation zu Venezuela
- *Vortrag / Diskussion über die Entwicklung zum Polizeistaat(Vortrag angefragt)
- *Übergabe einer vom Polizeihistorischen Museum Schönfeld angefertigten Dokumentation zur „Gedenk- und Erinnerungsstätte Ernst Thälmann“ in der JVA Bautzen
- *Erörterung künftiger politischer Schwerpunkt-Orientierungen des RFB
- *Sonntag: Geführte Wanderung in die Greifensteine, Grillabend, Singen am Lagerfeuer
- *Abreise Sonntag nach Frühstück



Foto: Internet

Kosten für 2 x Übernachtung, Halbpension und vereinbarte Leistungen 71 Euro p. P.

Die Anmeldung ist verbindlich erforderlich.

Partner sind willkommen. Den Kostenbeitrag bitte mit der Anmeldung auf das Konto des RFB e. V. / „RFB-Wochenende“ **bis 20. Juni 2019 (Termin) !** überweisen (Kontoverbindung befindet sich im Impressum und auf der HP www.rfb-online.org).

Übrigens: Der RFB hat als Körperschaft die Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) Landesverband Sachsen e. V. erworben! Weitere Informationen zur Nutzung beim Camp.

Nur noch 15 Wochen!

Die deutsche Initiativgruppe Traditionstreffen Malá Úpa beim OKV und der RFB-Vorstand erinnern an den **Aufruf 2019**: www.rfb-online.org

Internationales Traditionstreffen der Antifaschisten im Riesengebirge (31. August 2019).

T. 24. Juni 2019: für die Anmeldung der Reservierung: Übernachtung bei Individualanreise

T. Anmeldung der Busreise mit Dr. Hermann Touristik GmbH vom 29.08. – 01.09. 2019
Tel.: 0800 / 562 7004 oder touristik@dhg-berlin.com
Eilt (Platzkapazität!)

Vor dem steinigen Weg zum Gipfel liegt die Organisation:



Foto: Internet

Freundschaft und weitere Friedensfreunde folgten dem Aufruf.



Foto: Gerd



Foto: Albrecht

Der Sieg über die deutsche Wehrmacht und die

Befreiung von Krieg und Faschismus

leitete die längste Friedensperiode in Europa ein. Die Sowjetunion und das erstarkende sozialistische Verteidigungsbündnis waren der Garant.

Torgau an der Elbe: 27. April 2019

DKP und die Basisinitiative „Aufstehen Torgau“ mobilisierten zur Demonstration gegen die Aufrüstung der NATO und die Bedrohung Russlands - anlässlich der Begegnung von US-Soldaten und Sowjetsoldaten auf der Elbbrücke am 25. April 1945.

SDAJ, KPD, RFB, die LAG Deutsch-Russische



Geburtstage

Wir gratulierten / gratulieren unseren Mitgliedern

Im April 2019

Jaroslav O. in Trutnov zum 78. Geburtstag
Karin B. in Göttingen zum 55. Geburtstag
Markus B. in Leipzig zum 28. Geburtstag
Hilde W. in Fredersdorf zum 78. Geburtstag
Karsten G. in Zeitz zum 48. Geburtstag
Aribert Sch. in Berlin zum 68. Geburtstag
Jürg H. in Olbersdorf zum 75. Geburtstag
Haakan B. in Stockholm zum 71. Geburtstag

Gerd H. in Dresden zum 82. Geburtstag
 Sonja Sch. in Dresden zum 63. Geburtstag
 Hans-Joachim G. in Berlin zum 69. Geburtstag
 Maria E. in Hořovice zum 73. Geburtstag
 Josef P. in Nová Bystřice zum 85. Geburtstag
 Ladislav N. in Čvrčovice zum 76. Geburtstag
 Albrecht G. in Chemnitz zum 59. Geburtstag
 Dr. Michael G. in Jena zum 48. Geburtstag
 Dr. Peter St. in Göttingen zum 52. Geburtstag
 Enrico U. in Schleusingen zum 49. Geburtstag
 David P. in Brno zum 37. Geburtstag
 Heinz Sch. in Görlitz zum 85. Geburtstag
 Iris H. in Halle zum 76. Geburtstag

10

Heinz Sch., Görlitz	19.00 €
Elfriede J., Dresden	18.00 €
Markus B., Leipzig	3.00 €
Klaus K., Dresden	10.00 €
Eheleute B., Stuttgart	100.00 €
Hans B., Berlin	9.00 €
Dr. Michael G., Jena	18.00 €
Oswald H., Dresden	14.00 €
Eheleute H., Olbersdorf	48.00 €
Aribert Sch., Berlin	50.00 €
Joachim K., Berlin	38.00 €

Im Mai 2019

Lutz M. in Braunschweig zum 51. Geburtstag
 Erna Z. in Chemnitz zum 83. Geburtstag
 Ronny H. in Hermsdorf zum 35. Geburtstag
 Elfriede J. in Dresden zum 95. Geburtstag
 Torsten R. in Dresden zum 55. Geburtstag
 Roswitha H. in Olbersdorf zum 74. Geburtstag
 JuDr. Jiří G. in Kladno zum 74. Geburtstag
 Zbyněk C. in Česka Lipa zum 78. Geburtstag
 Florian M. in Bad Tölz zum 33. Geburtstag
 Frank H. in Sagard zum 66. Geburtstag
 Siegfried S. in Heidenheim zum 73. Geburtstag

Der Vorstand wünscht allen Geburtstagskindern Gesundheit und 365 sinnerfüllte Tage im neuen Lebensjahr

... den Spendern für den Fonds Riesen- gebirgstreffen

Daniel W., Freising	25.00 €
Hanne L., Nürnberg	50.00 €

Impressum:

Herausgeber: Vorstand des Revolutionären
 Freundschaftsbundes e. V. (RFB)
 V.i.S.d.PG: Albrecht Geißler, Carl-von-Ossietzky-
 Str. 204, 09127 Chemnitz. Tel.: 0371-7200098
 Email: Al-Gen@t-online.de (Vorsitzender)

Redaktion: Gerd Hommel, Dohnaer Platz 9,
 01239 Dresden / Tel.: 0351-2882128
 Email: rfb.hommel@arcor.de (stellv. Vorsitzender)
 Kontakte:
 Torsten Trentzsch, stellv. Vorsitzender
 Email: torsten_t@gmx.net

Redaktionsschluss: 30.04. 2019
 Internet: www.rfb-online.org

Konto des RFB:
IBAN DE41 8505 0300 3120 1302 72
SWIFT-BIC OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse Dresden

Auf dem Überweisungsträger bitte den
 Verwendungszweck angeben (Mitgliedsbeitrag o.
 Spende).

Der RFB finanziert sich ausschließlich aus den
 Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Er beantragt und
 erhält keine staatlichen Fördermittel und ist nicht
 korrumpierbar.



Dank den Spendern für die Unterstützung der politischen Arbeit des RFB

Lothar N., Dresden	18.00 €
Daniel W., Freising	25.00 €
Raimon B., Chemnitz	40.00 €
Hildegard W., Fredersdorf	8.00 €
Dr. Peter S., Göttingen	100.00 €
Torsten T., Meißen	68.00 €
Infostand bei RLK	114.00 €
Jürgen W., Görlitz	18.00 €
Dietmar R., Gera	30.00 €
Max R., Berlin	19.00 €
Werner H., Berlin	4.00 €
Brigitte K., Leun	8.00 €
Christine A., Dresden (I.)	20.00 €
Gerd H., Dresden	50.00 €
Peter W., Bielefeld	20.00 €
Jürgen B., Dresden	4.00 €
Astrid H., Dresden	10.00 €
Günter Sch., Chemnitz	10.00 €
Michael J., Rosenthal	14.00 €
Albrecht G., Chemnitz	14.00 €